

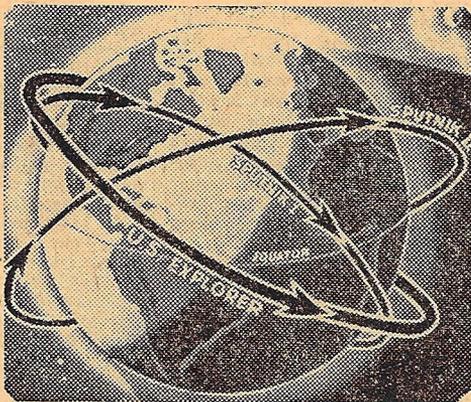
## Ist das Raketen-Gleichgewicht erreicht?

Diskussion um die Vorrangstellung der Sowjets flackert wieder auf

Berlin (Eigenbericht). Mit Worten der Genugtuung begrüßte die westliche Welt den Start des ersten amerikanischen Erdsatelliten, der nunmehr zusammen mit dem sowjetischen Sputnik II um den Erdball jagt. Der geglückte Abschluß hat die Diskussion um die Vorrangstellung der Sowjets auf dem Gebiet der Raketen und der ballistischen Fernwaffen wieder aufflackern lassen.

Was Wernher von Braun und seinen zu einem großen Teil aus Deutschland nach Amerika abgewanderten Mitarbeitern jetzt glückte, hätte technisch bereits vor einigen Monaten erzielt werden können, — wenn nicht die speziellen Raketenabteilungen der amerikanischen Armee, Marine und Luftwaffe rivalisierende Verwaltungsgruppen gewesen wären. Im Gegensatz dazu sind die Raketenforscher in der Sowjetunion schon seit geraumer Zeit zu einem eigenen Truppenteil zusammengeschlossen worden.

Natürlich kann noch nicht gesagt werden, daß die Vereinigten Staaten auf dem Raketengebiet nunmehr einen Vorsprung vor der Sowjetunion haben, auch wenn Wernher von Braun bekanntgibt, es sei ein neuer Raketentreibstoff gefunden worden, mit dem es möglich sei, schon in naher Zukunft den Mond zu umfliegen oder einen viele Hundert Pfund schweren Satelliten in den Weltraum zu schießen. Es kann gar nicht oft genug darauf hingewiesen werden, daß der Abschluß einer Raumrakete von diesen Dimensionen noch immer einer Reihe von Zufällen unterworfen ist trotz der exakten Arbeit der Wissenschaftler.



Die Bahn der beiden Erdsatelliten

Man sollte deshalb auch die Fernwaffen der Sowjets nicht als eine in jeder Beziehung feststehende militärische Größe einsetzen. Wenn man heute von einem Wiedererstehen des Gleichgewichts auf dem Gebiet der Raumrakete zwischen den USA und der Sowjetunion spricht, so hat dies wohl in erster Linie politische Bedeutung.

Inzwischen wurde noch bekannt, daß der Satellit den amerikanischen Wissenschaftlern bei seinem Start mehrere spannungsgeladene Angstminuten verursacht hat, weil er weiter als vorgesehen von der Erde fortflieg und daher für die Erdumkreisung neun Minuten länger braucht. Die Experten hatten vorher ausgerechnet, daß „Explorer“ sich bis zu 2700 Kilometer von der Erde entfernen würde. Statt dessen schoß er über 2900 Kilometer ins Weltall hinaus. Der ertnächste Punkt liegt entgegen den Berechnungen bei 340 Kilometern.

## Die Chance, die es nicht gab

w.w. Bonn. Der Bundeskanzler hat gesprochen. Der SPD-Vorsitzende Ollenhauer hat nach ihm im Rundfunk das Wort genommen. Die so oft wiederholte Behauptung der „nationalen Opposition“, eine andere Außenpolitik hätte die Spaltung des Landes längst überwunden oder würde sie heute überwinden, ist nun an den geschichtlichen Tatsachen hinlänglich überprüft worden. Seit der außenpolitischen Debatte des Bundestages vom 23. Januar mit den Reden Dehlers und Heinemanns ist es sozusagen die offizielle Doktrin der Opposition, der Sozialdemokraten wie der Freien Demokraten, daß die beste Chance der Wiedervereinigung im Frühjahr 1952 verpaßt worden sei.

Es wäre töricht, zu bestreiten, daß die Note der Sowjetregierung vom 10. März 1952, an die drei westlichen Großmächte als Partner in der Besetzung Deutschlands gerichtet, auf den ersten Blick einen günstigeren Eindruck machte als andere sowjetische Dokumente. Aber sie war eine Antwort auf die Absicht, in Westeuropa die „Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) unter dem Einfluß der Bundesrepublik zu gründen. Daran zu erinnern, ist nicht überflüssig, denn die gleiche Opposition, die heute von einer „verpaßten Chance“ — spricht, verurteilt im gleichen Atemzug die „kalte Kriegführung“ und die Bemühungen um die europäische Einheit, welche diese „Chance“ (wenn es eine war) überhaupt erst herbeigeführt haben. Die Sowjetunion wollte nicht die Wiedervereinigung beschleunigen, sondern die Gründung der Verteidigungsgemeinschaft verhindern. Die Frage ist nur, ob nun, sozusagen als Nebenprodukt des Verzichtes auf die EVG, die Aufhebung der Spaltung Deutschlands und seine Wiederherstellung als einheitlicher, freier und sozialer

gesicherter Staat hätte erreicht werden können.

\*

War die Note vom 10. März 1952 ein Angebot zur Wiedervereinigung eines freien deutschen Staates für 70 Millionen Menschen? Von freien Wahlen sagte weder die Note noch das beigefügte Memorandum über einen Friedensvertrag ein einziges Wort. Wie die „Gesamtdeutsche Regierung“ gebildet werden sollte, blieb völlig offen. Man hat dagegen eingewandt, später seien freie Wahlen angeboten worden. Die Sowjetregierung nahm den Gedanken freier Wahlen am 9. April 1952 in einer neuen Note auf, freilich mit einer wesentlichen Abweichung: Sie sprach nicht von Wahlen zu einer verfassungsgebenden Nationalversammlung und sagte auch nicht, wie selbst Grotewohl damals erklärte, daß diese Wahlen der kürzeste Weg zur deutschen Einheit seien. Dieser Unterschied ist von größter Bedeutung. Wenn Deutschlands Einheit wiederhergestellt werden sollte, so war der einfachste Weg natürlich die Abhaltung gesamtdeutscher Wahlen. Die Sowjetregierung wollte aber, bevor Deutschland wiedervereinigt wurde, zusammen mit den Westmächten den Friedensvertrag für Deutschland ausarbeiten. Nur an diesem Vertrag habe sie Interesse — besonders an den vorgeschlagenen Vertragsbestimmungen des Verbotes von Koalitionen und Militärbündnissen sowie des Abzugs aller fremden Truppen spätestens ein Jahr nach dem Inkrafttreten des Vertrages. Sie wollte sich nicht dem Risiko aussetzen, daß zuerst die Einheit Deutschlands durch die Wahl einer Nationalversammlung und die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung wiederhergestellt wurde, dann aber die gesamtdeutsche Regierung, gestützt auf die Legitimation durch das ganze Volk, die sowjetischen Vertragsbedingungen der Bündnislosigkeit und der Entblößung von fremden Truppen ablehnte. Deshalb war Moskau gegen freie Wahlen, als „kürzesten Weg“ der Wiedervereinigung.

Was versprach sich Moskau davon? Werfen wir einen

Blick auf die politische Landkarte im Frühjahr 1952. In den Jahren bis 1948 hatten die Kommunisten mit kräftiger Hilfe der Sowjetunion ganz Osteuropa unter ihre Kontrolle gebracht. Mit Mühe gelang es 1948/49 in Griechenland einen kommunistischen Aufstand niederzuschlagen und die Strangulierung Berlins abzuwehren. In einigen westeuropäischen Ländern standen starke kommunistische Kräfte bereit, und seit Korea nahm die „Mitläufer“-Bewegung wieder bedenkliche Ausmaße an. Das einzige große Land in Europa, das gegen den Kommunismus immun zu sein schien, war Westdeutschland, wo die „Ami-go-home“-Parole nur von den wenigen Kommunisten verbreitet wurde.

Um Europa vor dem Bolschewismus zu bewahren, hatten die USA mit großem Aufwand den Atlantik-Pakt ins Leben gerufen, aber dieses Bündnis hing von der Anwesenheit amerikanischer Truppen in Europa ab, die nirgends außerhalb der Bundesrepublik eine vor innenpolitischen Überraschungen sichere Bleibe finden konnten. Der geringfügige Rückzug um 200 Kilometer hinter die (nunmehr als Grenze anzuerkennende) Oder-Neiße-Linie wäre für die Sowjets zu verschmerzen gewesen, angesichts der Aussicht, die Amerikaner aus Europa zu verdrängen und damit das einzige Hindernis zu beseitigen, das auf die Dauer ihr Vordringen auf dem Kontinent aufhalten könnte.

Man kann die Lage eines auf diese Weise zwar glücklich wiedervereinten, aber allein in der Welt stehenden Deutschlands nicht düster genug schildern: bedrängt von einem übermächtigen Nachbarn, im Innern dem frechen Treiben einer kleinen, aber aktiven und unantastbar fünften KP-Kolonie ausgesetzt, in den wirtschaftlichen Beziehungen von „Rapallo“-Mißtrauen der westlichen Völker belastet, inmitten eines Europa, das seines wichtigsten Schutzes beraubt ist und auf längere Sicht kein Entkommen sieht — es ist gar nicht nötig, den Sowjets die Absicht einer militärischen Aggression zu unterstellen, um vorauszusagen, daß auf diesem

Fortsetzung auf Seite 7

## Neue Redeschlacht in Sicht

CDU/CSU bereitet sich auf Gegenschlag vor

Bonn (Eigenmeldung). Der Bundestag wird voraussichtlich schon in Kürze eine neue außenpolitische Debatte erleben. Der Fraktionsvorstand der CDU/CSU im Bundestag hat sich in Anwesenheit von Bundeskanzler Dr. Adenauer mit der Lage auseinandergesetzt, die nach der letzten Debatte entstanden ist. Dabei wurde schon für die erste Februarhälfte, also für die Urlaubszeit des Kanzlers eine neue außenpolitische Debatte in Aussicht genommen, in der die CDU/CSU und die Bundesregierung auf die Vorwürfe der Opposition antworten und gleichzeitig mit schweren Gegenangriffen zurückschlagen will.

Nach Ansicht der führenden Regierungspolitiker genügt es nicht, die aufgeworfenen Fragen im Rundfunk zu erörtern, sondern man will den erstbesten Anlaß, wahrscheinlich eine Beratung über die letzten Stationierungskosten für die Westmächte wahrnehmen, um die Aussprache vom 23. Januar fortzusetzen.

### SPD geht auf die Straße

Während die CDU/CSU mit der politischen Auseinandersetzung aus dem Äther in das Parlament zurückkehrt, schickt sich die sozialdemokratische Opposition an, ihre Kampagne gegen die Atomrüstung noch stärker als bisher in die Öffentlichkeit zu tragen. Nach dem Vorbild der „Paulskirchen-Bewegung“ gegen die Wiederbewaffnung soll eine „Volksbewegung gegen den Atomtod“ ins Leben gerufen werden.

Wie sich die SPD die Entfaltung dieser Volksbewegung vorstellt, geht aus den ersten Vorbereitungen hervor: Man will Lautsprecherwagen durch das Land reisen lassen, die öffentlich Ausschnitte aus der letzten Bundestagsdebatte mit ihren schweren Angriffen gegen

die Bundesregierung übertragen. Eine neue Sonderzeitschrift „Die Debatte“ soll in großen Mengen verteilt werden, und die Unterschriftensammlung des SPD-Abgeordneten Prof. Bechert gegen die Atomrüstung will man auf einer breiteren Grundlage fortsetzen.

### CDU sammelt Argumente

Die CDU/CSU sieht jetzt der weiteren Entwicklung mit Ruhe entgegen. Sie wird nun Thomas Dehler vorhalten, daß er die Politik, die er heute verurteilt, bis 1953 als Minister getreulich mitgemacht und erst nach seinem unfreiwilligen Ausschei-

## Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wo und wie unsere Wochenausgabe Sie erreicht hat. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen, an folgende Adresse zu schicken:

Herrn M. Burth  
Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

den aus der Regierung Adenauer seine Ansicht geändert habe. Auch mit Gustav Heineemanns politischem Weg wird man sich kritisch auseinandersetzen, besonders mit der Episode seiner „Gesamtdeutschen Volkspartei“, in der er Geld von dem offensichtlich aus dem Osten finanzierten „Bund der Deutschen“ annahm.

## Todesstrahlen gegen Raketen

Prof. Saenger: Europas Rüstungsvorhaben modernisieren!

Stuttgart (ap). Der deutsche Raketenforscher Professor Dr. Eugen Saenger hat die europäischen Rüstungsvorhaben im Zeitalter der Raketentechnik als teilweise sinnlos bezeichnet. „Die strategische Lage Europas ist dadurch gekennzeichnet, daß ausnahmslos jeder Punkt Europas innerhalb des Bereiches ballistischer Raketen mittlerer Reichweite liegt, also jener Raketen, die sich heute bereits weitgehend in den Händen der Truppen befinden“, sagte Saenger in einem Festvortrag.

Saenger, der als der erfahrenste Sachkenner der Raketentechnik in Deutschland gilt, vertrat die Ansicht, daß es kein herkömmliches technisches Mittel gegen die Raketen gibt. Alle materiellen Abwehrmittel hätten wegen ihrer zu großen physikalischen Trägheit keine Aussicht, schnellfliegende Raketen zu treffen. Es bleibe kein anderer Weg, als reine Energiestrahlen zu entwickeln. „Es wird daher erwogen, von der Erde ausgehende Energiestrahlen scheinwerferartig ge-

gen alle Luft- und Raumwaffen zu richten und sie damit in Sekundenbruchteilen zu zerstören.“

Saenger wies darauf hin, daß bald jeder Punkt der Erdoberfläche innerhalb einer Stunde Flugzeit von Raketen mit Atombomben schwersten Kalibers erreichbar sein werde. „Diese Situation treibt unausweichlich in den nächsten Jahren einem Höhepunkt zu, in dem die Mächte sich mit Fernraketen-Batterien solcher Stärke gegenüberstehen, daß sie in der Lage sind, innerhalb von Stunden die Erde in einen toten Stern zu verwandeln.“

Aus wirtschaftlichen Gründen hält es Saenger für notwendig, daß sich auch Deutschland wieder aktiv mit der modernen Luft- und Raumfahrt beschäftigt. In erster Linie sei dies aber eine personelle Frage. Die finanziellen Mittel, die dafür aufgewendet werden müßten, bezifferte Saenger in einer Größenordnung von „neunstelligen Zahlen jährlich“.

### Selbmann gegen Ulbricht

Berlin (Eigenmeldung). Starke Meinungsverschiedenheiten sollen seit einiger Zeit zwischen dem ersten SED-Sekretär Walter Ulbricht und einem der führenden Wirtschaftsfachleute der Sowjetzone, dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Fritz Selbmann (SED), herrschen.

Selbmann hält nach Informationen des Untersuchungsausschusses freiheitlicher Juristen die von Ulbricht vorgelegten Pläne für eine Dezentralisierung der Wirtschaftsverwaltungen für ungeeignet.

# Bonn ist über Moskau verärgert

Deutsche Frage muß Beratungsthema bleiben — Erstaunen über SPD

Von unserem Korrespondenten

Bonn (Eigenmeldung). Die in dem Schreiben Bulganins an Eisenhower enthaltene Weigerung, auf einer Ost-West-Konferenz die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands zu erörtern, ist in Bonn ohne Überraschung, aber mit deutlichem Verdruß aufgenommen worden. Man verweist vor allem darauf, daß die Sowjets zwar beispielsweise über Probleme des Nahen und Mittleren Ostens, an denen sie gar nicht unmittelbar beteiligt sind, verhandeln wollen, aber eine Erörterung der deutschen Frage, zu deren Entstehung sie unmittelbar beigetragen haben, ablehnen.

Das Auswärtige Amt läßt verständlicherweise nichts darüber verlauten, wie sich die Bundesregierung bei den künftigen westlichen Verhandlungen zur Vorbereitung einer Ost-West-Konferenz verhalten wird. Aber es liegt nahe, anzunehmen, daß sie ihre bisherige Politik unbeirrt fortsetzen wird: Sie dürfte darauf dringen, daß die Westmächte weiterhin die Aufnahme der deutschen Frage in die Tagesordnung einer neuen Konferenz verlangen. In Bonn glaubt man, daß diese Forderung gerade bei den USA offene Türen einrennt, da der amerikanische Außenminister Dulles ohnehin von den Sowjets als Voraussetzung für eine neue Konferenz einen Beweis des guten Willens verlangt. Solange die Sowjets nicht bereit sind, über eine Veränderung der politischen Verhältnisse in Europa auch nur zu reden, dürften Eisenhower und Dulles einer Ost-West-Konferenz nicht zustimmen. Es kann als sicher gelten, daß diese Haltung völlig mit der Politik der Bundesregierung übereinstimmt. Ob Großbritannien in vollem Umfang die gleiche Linie verfolgt, ist weniger gewiß.

## Erler für Treffen ohne Vorbehalte

Es hat in Bonn einiges Aufsehen erregt, daß auch in dieser Frage wieder ein Zwiespalt zwischen der Bundesregierung und

der sozialdemokratischen Opposition zutage getreten ist. Besonders Aufsehen erregte eine Äußerung des stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Erler, der sich am Dienstag in Berlin für die Einberufung einer Gipfelkonferenz auch dann ausgesprochen hatte, wenn die deutsche Frage nicht auf der Tagesordnung steht. Die Regierungsparteien nannten diese Er-

klärung eine „Kapitulation vor Moskau“.

In politischen Kreisen wurde aber darauf verwiesen, daß diese Forderung nichts anderes als eine Konsequenz der neuen außenpolitischen SPD-Linie darstellt, die zunächst eine „Entspannung“ in Europa erreichen will und hofft, daß sich daraus Chancen für die Wiedervereinigung ergeben.

## Gipfel im Nebel

Dt. Bulganin machte den Vorschlag, Schritt für Schritt die Lösung der internationalen Probleme auf einer Gipfelkonferenz anzustreben. Doch leider übersieht er die notwendigen Voraussetzungen: nämlich Schritt für Schritt einen gemeinsamen Weg zu erkunden, der mit einiger Sicherheit auf den Gipfel führt, ohne daß die ganze Konferenz wieder in gährenden Abgrund stürzt. Bulganin lehnt es eindeutig ab, diese Fährte von den Außenministern auskundschaften zu lassen; er will Dulles ausschalten, der bekanntlich stets „auf Sicherheit“ gehen will.

Doch die genaue Vorbereitung einer Gipfelkonferenz ist um so notwendiger, als ihren etwaigen Beschlüssen ein gewisser Reife-prozeß vorangehen muß, damit nicht spontan aus einer Augenblickssituation oder -stimmung heraus wichtige Abmachungen getroffen werden, die unmittelbar darauf einem der Partner nicht mehr gefallen und deshalb von ihm glatt bestritten werden. So bekanntlich geschehen gleich nach der Genfer Vereinbarung von 1955, als die Sowjets ihre festgelegte Mitverantwortung für die deutsche Wiedervereinigung und für freie Wahlen nicht mehr wahrhaben wollten.

Bulganins Schritt-für-Schritt-Vorschlag für die Gipfelkonferenz ist aber noch aus einem zweiten Grunde bedenklich. Es wäre möglich — und es scheint leider wahrscheinlich —, daß

die Sowjets überhaupt nur an einigen Schritten interessiert sind, daß sie sich bis zu den für sie vorteilhaften Einigungen vortasten, dann aber nicht daran denken, auch nur einen Schritt zur wirklichen Entspannung weiterzugehen. Eine Gipfelkonferenz braucht nicht die restlose Klärung zu bewirken, aber es müßte zumindest der gemeinsame Wille bestehen, die drängendsten Probleme zu erkennen und zu lösen. Dieser Wille ist auch jetzt bei Bulganin nicht festzustellen, wenn er die Erörterung der Deutschlandfrage ausdrücklich ablehnt, während er über die nahöstlichen Spannungen zu diskutieren durchaus bereit ist.

Wie aber will Moskau über die atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa, über Warschauer Pakt und NATO, über die Verbindung von Überraschungshandgriffen und über die Verringerung der ausländischen Truppen in Deutschland verhandeln, ohne das eigentliche Deutschlandproblem einzubeziehen? Hier wird wieder die eigensinnige Sowjetabsicht deutlich, den tatsächlichen Gefahrenherd in Mitteleuropa weiter glühen zu lassen. Solange hierbei keine andere oder elastischere Haltung der Sowjets zu verzeichnen ist, bleibt die Gipfelkonferenz ohne Sicht auf echte Entspannung von Nebel umhüllt.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2.

# Es gackert und grunzt am Funkturm

## Streifzug durch das Paradies der Landwirtschaft

Berlin (Eigenbericht). Die unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Heuss stehende „Grüne Woche Berlin 1958“ verspricht alle ihre „Nachkriegsvorgängerinnen“ zu übertreffen. Nicht nur, daß sehr viele Ehrengäste, darunter Bundesminister Prof. Oberländer, der Königlich-Niederländische Botschafter, die Landwirtschaftsattachés der Missionen von Dänemark, Frankreich, Kanada, Schweden, Spanien und der USA, bei der Eröffnungsfeier anwesend waren, auch die Zahl der Aussteller und die Ausstellungsfläche war noch nie so groß. Da das „Internationale Reit- und Springturnier“ in der Deutschlandhalle stattfindet, kamen die Hallen „Schlesien“, „Danzig“ und „Saar“ als Ausstellungsfläche hinzu. Außerdem steht die neuerbaute Halle „Berlin“ zur Verfügung. In Zahlen ausgedrückt: 755 Firmen beteiligen sich, dazu kommen 109 fachliche Organisationen, wissenschaftliche Institute usw. Und die Besucher müssen 51 200 qm „abwandern“, wenn sie alles sehen wollen.

Man wird jedoch optisch für die müden Füße entschädigt. Auch eingefleischte Großstädter bringen nach einem solchen Rundgang sicherlich mehr Verständnis für die Landwirtschaft auf, zumal da die diesjährige „Grüne Woche“ unter dem Motto „Landwirtschaft und Ernährungswirtschaft im Zeichen der Qualitätssteigerung“ gestellt wurde. Sie geht also auch direkt den Verbraucher an.

Wie das farbenfrohe Gemälde eines niederländischen alten Meisters wirkt der holländische Stand, der selbstverständlich durch eine Windmühle gekrönt wird. Auf Hochglanz poliertes Gemüse wurde dort zu einem verlockenden Bild angeordnet, und sogar noch mit der Nase nimmt man dankbar den gesunden Duft edler Gemüsesorten auf.

Am deutschen Stand ordneten fleißige Hände die Weiß- und Rotkohlköpfe in Reih und Glied, so daß sich eine verlockende „Perlschnur“ des

Nährhaften ergibt. Auch hier scheint jeder Kopf einzeln „gewienert“ worden zu sein, außerdem besticht der Stand durch die Architektur.

Viel Freude werden die Besucher am dänischen Bauernhof haben, vor allem, weil man in seiner Mitte eine Demonstrationküche errichtet hat. Speisen aus dänischen Landwirtschaftsprodukten werden dort vor aller Augen zubereitet. „Rezepte werden verteilt“, verspricht ein Schild über diesem Stand. In der belgischen Abteilung läuft einem direkt das Wasser im Mund zusammen, denn dort locken edle grüne und blaue Weintrauben, hauchzarte Pfirsiche, die berühmte Brüsseler Boularde und viele andere kulinarische Genüsse mehr. Mit Produkten „aus dem Land der Hundertjährigen“ ist Bulgarien vertreten, und der spanische Stand bildet eine Symphonie in Gelb, Orange und Grün. Zitronen, Apfelsinen wetteifern mit tiefgrünen riesigen Bananenstauden.

Über die Blumenhalle möchte man eigentlich gar nichts sagen, weil der Anblick, der sich von oben bietet, unbeschreiblich ist.

Aber nichts wächst ohne Pflege, das beweisen die großen chemischen Werke mit ihren verschiedenen Düngemitteln. Inmitten des bunten Aufbautrübels sah man einen kleinen, schwarzen Zwergpudel traurig auf sechs gestapelten Säcken mit Düngemitteln hocken. Ob er noch zu wachsen hoffte?

Apropos Tiere. Hauptanziehungspunkt für die Berliner jedenfalls wird die Halle „Berlin“ sein. Denn natürlich sind die großen landwirtschaftlichen Maschinen hochinteressant. Man lernt, wie Kartoffeln sortiert werden, wie der Bauer sich die Erntearbeit erleichtern kann und vieles mehr, aber die Halle „Berlin“ lebt, weil es in ihr gackert, meckert, blökt, muht und grunzt. Nicht auf der Stange, aber Käfig an Käfig hocken dort viele Hundert preisgekrönte Hühner und Hennen, besonders gelungene Zuchttau-

ben, kurz, jede Art des lieben Federviehs ist vertreten.

Der Verband der Pony- und Kleinpferdezüchter Hessen entsandte schwarze und braune Vertreter der putzigen Shetland-Ponys nach Berlin, die in der Mitte der Halle ein Auslaufgebiet bereitet bekamen.

Zu ihrer Linken grunzen sorgfältig geschrubberte Borstentiere, deren Äußeres in „ganz unschweimischem Rosa“ leuchtet. 363 Kilo brachte einer der Eber auf die Waage, wie das Schild an seiner Box verrät. Sein Nachbar dagegen drehte den Beschauern beleidigt die Schinken-seite zu, wahrscheinlich, weil er nur 243 Kilo aufweist. Munteres Leben aber herrscht in der Box von „Gladiole“, einer wohlproportionierten Schweinemutter mit sieben Ferkeln. Wie „Fehlritte“ der Vorfahren sich rächen, beweist die Nachbarin mit ihrem Wurf. Neben fünf rosigen Ferkeln drängeln sich dort vier gescheckte, und Menschenhand schrieb warnend über den Stall: „Bunte Ferkel, Folge unkontrollierter Zuchtführung bei den Vorfahren.“

So gut es den massigen Bullen, behäbigen Ochsen und sanft blickenden Kühen augenblicklich in dieser Halle geht, so schlecht sind ihre Zukunftsaussichten. Mit einer Schere wurde einigen von ihnen bereits gestern der Name des neuen Besitzers ins Fell geschnipfelt. Und im Hintergrund konnte man Viehhändler beobachten, die wie in alten Zeiten durch kräftigen Handschlag den Kauf besiegelten. Offensichtlich scheinen aber alle zur Schau gestellten Rindviecher über gute Nerven zu verfügen, denn ungeührt kauten sie wieder, obwohl ihnen eigentlich der Blick auf den Stand mit Wurstmaschinen den Appetit hätte verderben müssen.

Die „Grüne Woche“ ist vom 1. bis 9. Februar von 9 bis 19 Uhr geöffnet. Eintrittspreise: Erwachsene 1,50 DM, für Kinder bis 14 Jahre, Erwerbslose usw. 0,50 DM. Bewohner Ostberlins und aus der Zone zahlen die gleichen Eintrittspreise in D-Markt Ost.

Zwischen Elbe und Oder:

## In der Sohle 18 stand man sich im Wege

### Aufzeichnungen über Stimmungen und Ereignisse in Mittelddeutschland

Berlin (Eigenbericht). Immer wieder hört man den Vorwurf, beide Seiten sehen die Dinge einseitig. Der Westen würde nur die negativen Ereignisse in der Zone herausstellen. Der Osten ergehe sich in Eigenlob und Selbstbeweihräucherung. Deshalb ist es — je länger die Spaltung unseres Landes anhält — besonders wichtig, Licht und Schatten gegenüberzustellen.

#### HALLE

**Unterschriften — Resolutionen — Proteste:** Nach der letzten Bundestagsdebatte wurden auf „Befehl von oben“ die Parteibosse, Sekretäre, Kassierer und Obleute aufgescheucht. Mit Schreibblocks liefen sie im VEB Braunkohlenwerk Ammendorf bei Halle durch die Betriebe, Angestellte und Arbeiter sollten Resolutionen unterschreiben: „Wir protestieren gegen den Bonner Atomtod.“ Und eine Unterzeile lautet: „Wir fordern einen Volksentscheid.“ Als ein Arbeiter in der Diskussion sagte: „Leute, die Perspektive ist falsch“, wurde ihm über den Mund gefahren, er solle die Bonner Kriegstreiber nicht unterstützen. Im VEB Pumpenwerk Halle meldeten sich drei Jugendliche aus Protest gegen die Entscheidungen im Bundestag zur Grenzpolizei.

**Paßgesetz füllt Einwohnerversammlungen.** Bis auf den letzten Platz besetzt war der große Saal im Puschkinhaus in Halle. Richter und Staatsanwälte — also Staatsfunktionäre — beantworteten Anfragen der Bevölkerung über das Paßgesetz. Die Antworten waren enttäuschend.

**Mit Musik und Beleuchtung.** Die spiegelblanke Fläche am Sandanger ist etwa 140x40 m groß. Jung und alt tummeln sich auf der Spritzeisbahn, die als „Errungenschaft der Arbeiterklasse“ vom Referenten für Körperkultur beim Rat der Stadt Halle, Ulmann, feierlich eröffnet wurde als „Beitrag zur Verbreitung des Massensports“ in Halle. Die Betreuung ist

recht ordentlich. Es gibt eine Wärmehalle für die Schlittschuhläufer. Über eine Lautsprecheranlage werden Walzermelodien für die fortgeschrittenen Eiskäufer gespielt. Ab 17 Uhr bis gegen 22 Uhr wird die Spritzeisbahn trotz der Aktion „Wattfraß“ von 29 Leuchten mit je 300 Watt beleuchtet. Es gibt sogar 50 Paar Schlittschuhe kostenlos auszuleihen. Der Eintritt: Erwachsene zahlen 20 Pfennig, Jugendliche 10 Pfennig.

#### DEUTZEN

**Studenteneinsatz im Braunkohlenwerk:** Beim Skat verstand man sich am besten. Ein Grand mit Vieren ist in der Sohle 18 mit einem Korn und mit deftigen Ausdrücken für einen Schreibstubenhengst zur Abwechslung sehr romantisch. Arbeit zu bekommen, gelang nur wenigen. Oft standen sich an einer Stelle, wo sonst 80 Menschen arbeiteten, 250 im Wege. Andere Studenten bekamen kein Arbeitsgerät, mußten Treppen und Straßen fegen oder einen ganzen Vormittag in einem Bauzug tatenlos zusehen. Als Ende Januar eine Studentengruppe nach Leipzig zurückkam, lag bereits ein Beschluß vor, daß Studentengruppen auch während des Semesters jeweils 8 Tage in die Braunkohle zum „Kampf gegen Frost und Schlamm“ eingesetzt werden. In erster Linie melden sich junge Leute, die Angst vor den Zwischenprüfungen haben. Mit einem Arbeitsschein über drei Wochen Studenteneinsatz im Braunkohlenwerk Deutzen ist eine Zwischenprüfung zum Semesterschluß so gut wie bestanden. Z. Z. arbeiten 60 Studenten, 20 Studentinnen und 18 koreanische Studenten von der Universität Leipzig, vom Institut für Außenhandel und von der Hochschule für Binnenhandel im VEB Braunkohle Deutzen.

#### BAUTZEN

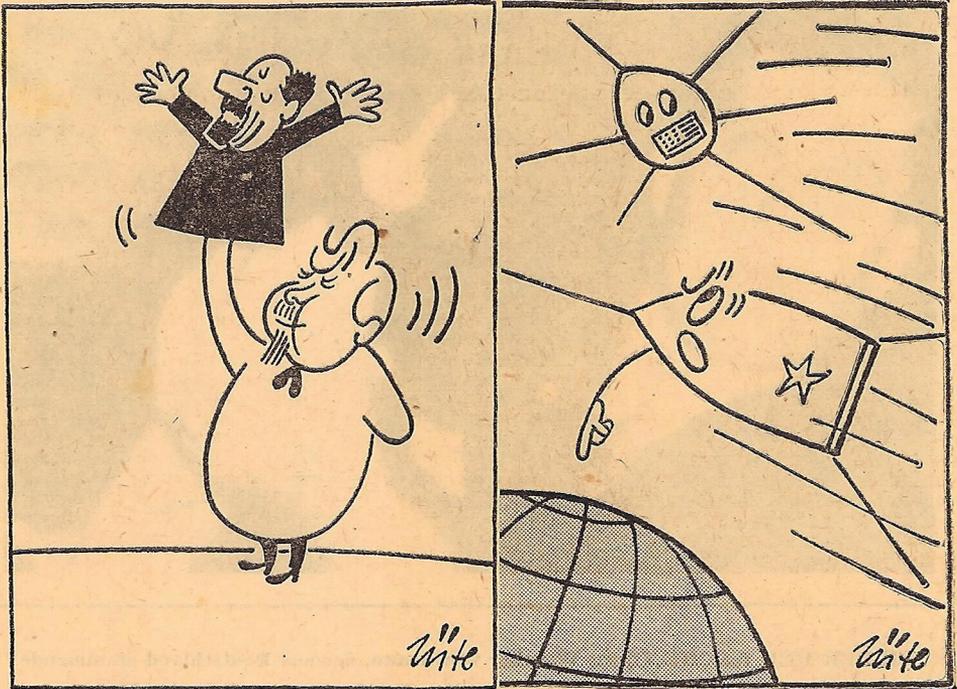
Die Auswahl ist nicht mehr so gering. Wer abends eine

Abwechslung haben will, kann wählen zwischen einem Theaterabend im Stadttheater, wo es zur Zeit „Pygmalion“ gibt, zwischen einem Musikabend im Hotel „Stadt Bautzen“, „Sinfonische Tanz- und Unterhaltungsmusik“, dem Central-Theater und der Film-Bühne, wo bis auf den „Augenzeugen“ oft recht ordentliche Filme gespielt werden.

**Parteiversammlung ist keine Privatsache.** Redliche Mühe müssen sich die Apparatschicks der Partei geben, ihre Schäflein zusammenzutrommeln. Meistens kommen nicht einmal 50 Prozent der Parteimitglieder, wie bei der Januarversammlung des Konsumgenossenschaftsverbandes. In der Diskussion gab es nur wenige nichtssagende Stimmen, sonst Schweigen. Bitter beklagt sich die „Sächsische Zeitung“, daß die Genossen nichts zu sagen hätten zur Republikflucht, zur Verschärfung des Klassenkampfes, zum Besuch von Verwandten in Westdeutschland durch Genossen, zum Paßgesetz und zur „gesamtdeutschen Arbeit“. Ein Teilnehmer sagte beim Glas Bier hinterher: „Diese Parteiversammlungen sind uns lästig.“ Und er fügte hinzu: „Wenn unsere Partei schon das Reisen fürchtet, kann doch nicht viel dahinterstecken.“

#### LAUCHHAMMER

**Die Frauen der Kumpel der Großkokerei Lauchhammer** wurden aufgefordert, ihre Wünsche für die Massenbedarfs-güterproduktion anzumelden. Auf der Liste stehen für 1958: Dachfenster, Laufbrettstützen, Papierkörbe, Zaunsäulen, Fahrradständer, Kellerregale, Ofenknie, Ofenrohrwandfutter sowie UKW- und Fernsehantennen. Versammlungen über diese Themen werden jeweils gut besucht, aber in den meisten Fällen benutzt die Partei diese Themen nur als „Aufhänger“. Nach fünf Minuten wechselt der Redner auf politische Fragen über und spricht von Atomtod und Kriegsgefahr.



Die Antwort Bulganins in der  
Deutschlandfrage

Sputnik II: „Ami go home“  
Explorer: „Bei dir piept es wohl!“

## Die Chance, die es nicht gab

Fortsetzung von Seite 2

Wege mit hoher Wahrscheinlichkeit die Freiheit Europas zu Grabe getragen worden wäre.

\*

Gegen diese Darstellung wird eingewandt, das lebendige Interesse der Vereinigten Staaten und Großbritanniens hätte verhindert, daß eine solche Entwicklung in Mitteleuropa eintrat. Aber wie kann man auf das Interesse derer setzen, denen man die kalte Schulter zeigt? Angenommen, die Bundesregierung hätte damals die Westmächte aufgefordert, die deutsche Einheit nach dem sowjetischen Rezept herzustellen, — hätte sie dann nachher auf die Hilfe dieser Mächte vertrauen dürfen?

Seit dem Frühjahr 1952 sind sechs Jahre vergangen, in

denen ein enges Vertrauensverhältnis zwischen dem Westen und der Bundesrepublik entstanden ist. Es ist ein Anachronismus, wenn man heute vom Westen verlangt, er hätte dieses Vertrauen schon damals gegenüber einem Gesamtdeutschland aufbringen müssen, in dessen provisorischer Regierung womöglich noch Kommunisten saßen. Die Westmächte taten statt dessen sofort und ohne Zögern, was ihr lebendiges Interesse an Mitteleuropa in Wirklichkeit verlangte: sie lehnten den sowjetischen Vorschlag am 25. März ab, indem sie den logischen Gegenvorschlag machten, zuerst freie gesamtdeutsche Wahlen abzuhalten und dann mit der daraus hervorgehenden deutschen Regierung über einen Friedensvertrag zu verhandeln.

Die Bundesregierung hätte damals nur wider bessere Einsicht von den Westmächten Verhandlungen verlangen können, von deren Aussichtslosigkeit sie selbst überzeugt war. Denn es war für jeden Einsichtigen klar, daß die Sowjets sich zwei Punkte sicher nicht abhandeln ließen: Die Bündnislosigkeit des wiedervereinigten Deutschlands und den Abzug der Truppen aus der Bundesrepublik. Die Gefährlichkeit dieser Vorschläge zu erkennen, bedurfte es keiner Verhandlungen. Man kannte sie im voraus. Wer hier von einer „Chance“ — spricht, kann nicht die Chance der Wiedervereinigung meinen, sondern nur die Chance des wiedervereinigten Deutschlands, sich vor den Klauen des Bären zu retten. Es wäre eine Chance wie beim Roulette gewesen, etwa 36 : 1. Eine zu kleine Chance für eine verantwortungsbewußte Politik.



---

**BILDER DER WOCHE.** Oben: Wernher von Braun, der aus Deutschland stammende Raketenspezialist, zeigte auf einer Pressekonferenz in Amerika ein Modell des Satelliten „Explorer“. — Unten: Die Bundeswehr übernahm die bisher von den Amerikanern durchgeführte Rhein-Patrouille. Acht Schiffe wurden übergeben.

---

